Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 14. Februar 2012
Ausgabe 031
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **5**
› Jahresrückblick 2011 des Referats für Stadtplanung und Bauordnung 5
› Vortrag: Rassistische Propaganda im München der 1920-er Jahre 5
› Vortrag zur Ausstellung „München: einfach wohnen?“ 5
› Kranzniederlegung am Grab von Josef Wörnzhofer 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**
› In welchem Umfang muss sich die Stadtsparkasse München an der Rettung der bayerischen Landesbank beteiligen? 7
› Bevorzugung von Mitgliedern der Gewerkschaft ver.di bei der MVG? 10

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **12**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Heute, 14. Februar, 18 Uhr,
Saal des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1
Bürgermeisterin Christine Strobl hält anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Münchner Großmarkthalle die Festansprache vor Gästen und geladenen Händlern der Großmarkthalle. Am 14. Februar 1912 wurde die Großmarkthalle mit vier Markthallen und einer Gebäudegruppe an der Thalkirchner Straße durch den damaligen Oberbürgermeister Wilhelm Georg von Borscht eröffnet. Der Festakt wird auch live ins Foyer des Münchner Stadtmuseums übertragen. Im Anschluss an die Feierlichkeiten eröffnet gegen 19.30 Uhr Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, die Ausstellung „Täglich frisch! 100 Jahre Münchner Großmarkthalle".

Wiederholung
Mittwoch, 15. Februar, 9.15 Uhr, Burgstraße 4, Zimmer 200, 2. Stock
28. Plenumssitzung des Münchner Seniorenbeirates. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Vorlage des Fachausschusses 7 „Visionen".

Wiederholung
Mittwoch, 15. Februar, 11 Uhr,
Zentrale BayWa AG, Großer Sitzungssaal, Arabellastraße 4
Oberbürgermeister Christian Ude stellt die drei neuen Hauptgesellschafter der Solarinitiative München (SIM) vor. Zum Jahresbeginn sind die BayWa AG sowie die Inka Holding und die Südhausbau der Initiative beigetreten. Neben dem OB nehmen an der Pressekonferenz teil Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der SWM-Geschäftsführung, Roland Schuler, Vorstandsmitglied der BayWa AG, Prof. Dr. Matthias Ottmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Südhausbau, und Dr. Jannik Inselkammer, Geschäftsführender Gesellschafter der Inka Holding. Dr. Harald Will, Geschäftsführer der SIM, zieht nach einem Jahr eine erste Bilanz.
Die Solarinitiative München wurde im Dezember 2010 von der Landeshauptstadt und den Stadtwerken München (SWM) mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Zahl der Solarstromanlagen auf Münchens Dächern deutlich zu steigern.

Wiederholung
Mittwoch, 15. Februar, 11 Uhr, Schaustellersammlung
im Stadtmuseum, 3. Obergeschoss, St.-Jakobs-Platz 1
Tourismusdirektorin und Festleiterin Dr. Gabriele Weishäupl gibt das Ergebnis des geschlossenen Wettbewerbs um das Oktoberfest-Plakat 2012 bekannt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Mittwoch, 15. Februar, 11 Uhr,
Museum Villa Stuck, Prinzregentenstraße 60
Jahres-Pressekonferenz des Museums Villa Stuck zu Ausstellungen und Aktivitäten 2012 mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Michael Buhrs, Direktor des Museums Villa Stuck.
Der japanische Architekt Terunobu Fujimori und Hannes Rössler, Kurator, erläutern das Ausstellungskonzept der Ausstellung „Terunobu Fujimori. Werkschau 1986 - 2012"; Victor Tupitsyn spricht zur Ausstellung des russischen Künstlers Andrei Molodkin, „Liquid Black". Weiteres Thema der Jahres-Pressekonferenz ist das Ausstellungsprojekt „Die Sammlung Gunter Sachs".

Wiederholung
Mittwoch, 15. Februar, 11 Uhr, Ratstrinkstube
Pressegespräch zu den Special Olympics München 2012, die internationalen Spiele für Menschen mit geistiger Behinderung, die vom 20. bis 26. Mai in München stattfinden. Stadtschulrat Rainer Schweppe stellt das Volunteer- und Fanprogramm der Landeshauptstadt vor, das von Münchner Schulen gestaltet wird. Gesprächspartner zum Gesundheitsprogramm „Healthy Athletes" sind unter anderem Detlef Parr, Vize-Präsident von Special Olympics Deutschland, sowie Dr. Heidemarie Lux, 1. Vizepräsidentin der Bayerischen Landesärztekammer.

Wiederholung
Mittwoch, 15. Februar, 11.30 Uhr,
Café Nymphenburg auf dem Viktualienmarkt
Elke Fett, Vorsitzende der Interessensgemeinschaft Viktualienmarkt, Axel Markwardt, Stadtdirektor des Kommunalreferats, Gerhard Harter, stellvertretender Zweiter Werkleiter der Markthallen München, und Christl Lang, Vorsitzende des Vereins der tanzenden Marktfrauen e.V., stellen gemein-

sam das Programm für den diesjährigen Faschingsdienstag auf dem Viktualienmarkt vor. Der Verein der tanzenden Marktfrauen feiert 2012 sein 25-jähriges Bestehen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Mittwoch, 15. Februar, 17 Uhr,
Gasteig, Foyer, 3. Obergeschoss, Rosenheimer Straße 5
Eröffnung der Ausstellung „Projekt Einstein" mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Haimo Liebich, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Münchner Volkshochschule (MVHS), und Dr. Florian Bieberbach, Kaufmännischer Vorstand der Stadtwerke München.
Im Zusammenwirken der beiden städtischen Gesellschaften Stadtwerke und MVHS wird für die MVHS neben dem Gasteig mit zirka 9.000 Quadratmetern ein zweiter zentraler Lernort in der Einsteinstraße am Max-Weber-Platz gebaut. Am Wettbewerb für die Gestaltung eines modernen Bildungszentrums in der Einsteinstraße 28 hatten 20 Architekturbüros aus dem In- und Ausland teilgenommen. Die Ausstellung zeigt die Beiträge der Preisträger sowie weitere drei Entwürfe, die eine Anerkennung erhielten. Die Preisträger sind: 1. Platz: raupach architekten und Rainer Schmidt Landschaftsarchitekten (München); 2. Platz: SLIK Architekten und H.J. Jauch Landschaftsarchitekt (Zürich) und 3. Platz: Atelier 30 Architekten GmbH und GTL Landschaftsarchitektur Städtebau (Kassel).
Die Ausstellung ist vom 15. bis 24. Februar zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

Freitag, 17. Februar, 9.15 Uhr, Filchnerstraße 42
Stadtrat Otto Seidl (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Anna Wiesbeck im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Freitag, 17. Februar, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude begrüßt die Münchner Faschingsprinzenpaare und die Münchner Faschingsgesellschaften im Rathaus.

Meldungen

Jahresrückblick 2011 des Referats für Stadtplanung und Bauordnung
(14.2.2012) Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk legt den Jahresrückblick 2011 des Referats für Stadtplanung und Bauordnung vor. Er bietet einen Überblick über die Arbeit des Referats und die im Jahr 2011 bearbeiteten Aufgaben und erreichten Leistungen sowie die im Stadtrat verabschiedeten Meilensteine. Der Rückblick ist ab sofort auf der Internetseite des Referats unter *www.muenchen.de/plan* abrufbar.

Vortrag: Rassistische Propaganda im München der 1920-er Jahre
(14.2.2012) Anfang der 1920-er Jahre bildete München das Zentrum einer Medienkampagne, in deren Mittelpunkt der rassistisch und sexistisch aufgeladene Kampfbegriff der „Schwarzen Schmach" stand. Ihr Anlass war die Besetzung des Rheinlands durch die Alliierten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, bei der französische Soldaten aus Nordafrika zum Einsatz kamen. Am Donnerstag, 16. Februar, um 19 Uhr wird die wissenschaftliche Mitarbeiterin des NS-Dokumentationszentrums München Dr. Ulla-Britta Vollhardt im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Raum 0.131, über die Hintergründe der Kampagne sprechen.
Der Vortrag ist Teil einer Veranstaltungsreihe des NS-Dokumentationszentrums München und der Münchner Volkshochschule (MVHS) zur Geschichte der 1920-er Jahre in München. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen: *www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de*

Vortrag zur Ausstellung „München: einfach wohnen?"
(14.2.2012) Im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „München: einfach wohnen? Wohnraum schaffen – Spielräume nutzen" veranstaltet das Referat für Stadtplanung und Bauordnung am Mittwoch, 15. Februar, um 19 Uhr eine Vortragsveranstaltung zum Thema „WohnOrt München. Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert" in der Rathausgalerie. Dabei stellt Ferdinand Stracke Inhalte seines vor kurzem erschienen Buches „WohnOrt München. Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert" vor. Das Buch des emeritierten Städtebauprofessors Ferdinand Stracke beschreibt die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, die den Wohnungsbau in München von 1890 bis 2010 beeinflusst haben.
Die Ausstellung „München: einfach wohnen? Wohnraum schaffen – Spielräume nutzen" ist bis 1. März täglich von 11 bis 19 Uhr zu besichtigen.

Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen bei: Christian Fuchs, E-Mail: christian.fuchs@muenchen.de, Telefon 2 33-2 21 02 und im Internet unter *www.zukunft-findet-stadt.de*.

Kranzniederlegung am Grab von Josef Wörnzhofer
(14.2.2012) Zum 100. Todestag des Dekans und Ehrenbürgers von Pasing Josef Wörnzhofer legt die Landeshauptstadt München am Donnerstag, 16. Februar, an seiner Grabstätte auf dem Alten Friedhof Pasing, Am Klostergarten 9, Ostrand der Kirche, einen Kranz mit Stadtschleife nieder.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 14. Februar 2012

In welchem Umfang muss sich die Stadtsparkasse München an der Rettung der bayerischen Landesbank beteiligen?
Anfrage Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke) vom 2.1.2012

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

In Ihrer Anfrage vom 02.01.2012 legen Sie dar, dass es nach der milliardenschweren Rettung der Bayerischen Landesbank durch den Steuerzahler (in Gestalt des Freistaats Bayern) schien, als ob die bayerischen Sparkassen als frühere Eigentümer keine eigenen Mittel zur Rettung der Landesbank aufbringen müssten. Inzwischen verlange jedoch die Europäische Kommission im aktuellen Beihilfeverfahren auch eine spürbare Beteiligung der Sparkassen.

Herr Oberbürgermeister hat mich mit der Beantwortung Ihrer Anfrage in dieser Angelegenheit beauftragt. In Übereinstimmung mit Herrn Oberbürgermeister nehme ich daher zu Ihren Fragen wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:
Die Interessen der bayerischen Sparkassen im Beihilfeverfahren zur Bayerischen Landesbank werden durch den Sparkassenverband Bayern vertreten, der mit einem Gastrecht an den Verhandlungen teilnimmt. Weder die Landeshauptstadt München noch die Stadtsparkasse München sind hingegen direkt an den Verhandlungen mit der EU-Kommission beteiligt. Die Vertreter des Sparkassenverbandes Bayern in den Verhandlungen haben zudem eine Verschwiegenheitserklärung abgegeben, so dass die Landeshauptstadt München und die Stadtsparkasse München über keine direkten Informationen aus den Gesprächen mit der EU-Kommission verfügt. Als Informationsquellen stehen damit derzeit nur die offiziellen Informationen des Sparkassenverbandes Bayern sowie die Medien zur Verfügung.

Frage 1:
Wie sollen die Sparkassen beteiligt werden? Welche Forderungen der Europäischen Kommission stehen im Raum? Was wäre der „worst case"? Welche Forderungen kommen maximal auf die Stadtsparkasse München zu?

Antwort:
Verschiedenen Presseberichten zufolge steht derzeit ein nachträglicher Lastenausgleich der bayerischen Sparkassen für die Rettung der Bayerischen Landesbank im Jahr 2008 durch den Freistaat Bayern im Raum. Hier wird von verschiedenen Medien eine Umwandlung der unkündbaren stillen Einlagen der bayerischen Sparkassen bei der Bayerischen Landesbank im Umfang von ca. 800 Mio. Euro in Kernkapital (Anteil Stadtsparkasse München: 32,1 Mio. Euro) sowie ein Erwerb der Landesbausparkasse Bayern zu einem noch nicht festgelegten Kaufpreis genannt. Im „worst case" könnte ein eigenes Beihilfeverfahren der EU-Kommission gegen die bayerischen Sparkassen mit ungewissem Ausgang eingeleitet werden.

Die maximal möglichen Forderungen aus dem Beihilfeverfahren können derzeit nicht beziffert werden, da weder ein konkretes bzw. verbindliches Modell zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital der Bayerischen Landesbank noch eine gutachterlich bestätigte Unternehmensbewertung zur Landesbausparkasse Bayern vorliegt. Erst mit diesen wesentlichen Informationen können die Forderungen konkret beziffert werden. Sollten diese EU-Auflagen tatsächlich greifen, ist zu berücksichtigen, dass die Stadtsparkasse München bei der Umwandlung der stillen Einlagen im Gegenzug einen Eigentumsanteil an der Bayerischen Landesbank erhält und beim Kauf der Landesbausparkasse Bayern ein zentrales Verbundunternehmen der bayerischen Sparkassen-Finanzgruppe mit erwirbt.

Frage 2:
Welche Rückwirkungen haben diese Forderungen auf den städtischen Haushalt? Wird es z.B. zu einer geringeren Gewinnausschüttung kommen? In welchem Umfang?

Antwort:
Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse München beschließt über die Verwendung des Jahresüberschusses. Er kann – orientiert am derzeitigen Rücklagenbestand der Stadtsparkasse – bis zu einem Viertel des Jahresüberschusses an die Sparkassenträgerin Landeshauptstadt München zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke abführen. Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse hat zuletzt in seiner Sitzung am 26.05.2011 die Ausschüttung von 7,5 Mio. Euro aus dem Jahresüberschuss 2010 an die Landeshauptstadt München beschlossen. Nach aktuellem Sachstand wird auch die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2011, vorbehaltlich der Be-

schlussfassung der zuständigen Gremien sowie unter der Voraussetzung, dass sich die sparkassenrechtlichen Vorgaben für die Ausschüttungen an den Träger nicht ändern, nicht gekürzt.

Die Ausschüttungen der Stadtsparkasse München für das Geschäftsjahr 2012 und die Folgejahre sind neben dem Ausgang des EU-Beihilfeverfahrens von verschiedenen Faktoren, insbesondere den Entwicklungen im Kundengeschäft der Stadtsparkasse München und den künftigen Eigenkapitalanforderungen (Basel III), abhängig. Eine seriöse Prognose ist hierzu noch nicht möglich. Aus diesem Grund können momentan noch keine Aussagen zur Ausschüttungspolitik der Stadtsparkasse München getroffen werden.

Frage 3:
Werden auch an die LH München als Trägerin der Stadtsparkasse München Forderungen durch die Europäische Kommission gestellt?

Antwort:
Derzeit werden durch die Europäische Kommission keine Forderungen gegenüber der Landeshauptstadt München erhoben. In bereits abgeschlossenen Beihilfeverfahren zu anderen deutschen Landesbanken wurde kein Rückgriff auf die Träger der Sparkassen genommen.

Frage 4:
Sind bayerische Sparkassen bekannt, die durch eine mögliche Beteiligung an der Rettungsaktion für die Bayerische Landesbank im Bestand gefährdet sind?

Antwort:
Weder die Stadtkämmerei noch die Stadtsparkasse München können Aussagen über die Auswirkungen auf andere bayerische Sparkassen treffen.

Bevorzugung von Mitgliedern der Gewerkschaft ver.di bei der MVG?
Anfrage Stadtrat Paul Bickelbacher (Bündnis 90/Die Grünen) vom 22.12.2011

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 22.12.2011 führen Sie als Begründung aus:

„In den Sozialräumen für Mitarbeiter der SWM/MVG wirbt die Gewerkschaft ver.di damit, dass ver.di-Mitglieder 600 Euro mehr im Jahr erhalten als andere MitarbeiterInnen der MVG."

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der SWM/MVG fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Frage 1:
Trifft es zu, dass die bei der MVG beschäftigten ver.di-Mitglieder 600 Euro mehr pro Jahr erhalten als andere MitarbeiterInnen?

Antwort der SWM/MVG:
Ja, wenn die Voraussetzungen des Tarifvertrags über eine einfache Differenzierungsklausel erfüllt sind.

Frage 2:
Was ist die Rechtsgrundlage für die Zahlung dieser Sonderleistungen?

Antwort der SWM/MVG:
Die Gewerkschaft ver.di und die MVG haben neue Tarifverträge abgeschlossen. Der Tarifvertrag TV-MVG sieht in § 15 eine Sonderzahlung (umgangssprachlich „Weihnachtsgeld") von 1.200 EUR vor. Mitglieder der Gewerkschaft ver.di erhalten nach dem Tarifvertrag über eine einfache Differenzierungsklausel pro Monat ihrer Mitgliedschaft 50 EUR zusätzlich, maximal jedoch 600 EUR pro Jahr. Das Bundesarbeitsgericht hat die einfache Differenzierungsklausel mit seinen Urteilen vom 18.03.2009 – 4 AZR 64/08 sowie zuletzt vom 23.03.2011 – 4 AZR 366/09 für rechtlich zulässig erklärt. Der Tarifvertrag über eine einfache Differenzierungsklausel entspricht dieser Rechtsprechung.

Frage 3:
Gibt es entsprechende Zusatz-Vergütungen auch für andere Gewerkschaftsmitglieder, d.h. für Mitglieder der GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokführer) oder der GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, die sich Komba angeschlossen hat)?

Antwort der SWM/MVG:
Die GdL hat beide Tarifverträge für die MVG nach deren Abschluss scharf kritisiert. In der Zwischenzeit hat sich die Position geändert. Am 19.02.2012 werden auch mit der GdL über diese Tarifverträge Gespräche aufgenommen. Andere Gewerkschaften haben keinerlei Forderungen aufgestellt.

Frage 4:
Würde sich die Bevorzugung einer Gewerkschaft vor anderen nicht nachteilig auf das Betriebsklima auswirken?

Antwort der SWM/MVG:
Bisher sind keine Auswirkungen auf das Betriebsklima festzustellen.

Frage 5:
Gibt es eine entsprechende Praxis bzw. Erfahrungen mit einem solchen Vorgehen auch in anderen Verkehrsbetrieben in der Bundesrepublik?

Antwort der SWM/MVG:
In der Branche der Nahverkehrsunternehmen gibt es keine entsprechende Praxis bzw. Erfahrungen, jedoch für andere Branchen in Hamburg, Bremen und Frankfurt.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 14. Februar 2012

Ärztemangel in der Krankenhaushygiene – Lehrstuhl für Krankenhaushygiene und Umweltmedizin einrichten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker und Ingo Mittermaier (SPD)

Landwirtschaft auf den Großstadt-Dächern
Antrag Stadtrat Hans Podiuk (CSU)

Auensiedlung Freimann – wie hilft die Stadt den von Grundwassereinbrüchen betroffenen Bewohnern?
Anfrage Stadträte Richard Quaas und Mario Schmidbauer (CSU)

Richtige Bewertung des Versorgungsgrades für die Kindertagesbetreuung?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marian Offman und Mechthilde Wittmann (CSU)

Sicherung der Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter; **Ursula Sabathil**: Ursula Sabathil.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Ingo Mittermaier
Stadtrat

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

Dienstag, 14.02.2012

Ärztemangel in der Krankenhaushygiene – Lehrstuhl für Krankenhaushygiene und Umweltmedizin einrichten

Antrag

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München fordert den Freistaat Bayern auf; in einer der beiden medizinischen Fakultäten in München einen eigenen Lehrstuhl für Krankenhaushygiene und Umweltmedizin einzurichten.

Begründung:

Durch die „Vorordnung zur Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen“ (MedHygV) des Freistaates Bayern und die Novelle des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 04.08.2011 ist die die Beschäftigung von Hygienefachkräften und Hygieneärzten (Hygienebeauftragte Ärzte, Krankenhaushygieniker) in bestimmten medizinischen Einrichtungen verbindlich vorgeschrieben. Doch obwohl daraus ein entsprechender Bedarf an ausgebildetem ärztlichen Hygienefachpersonal entsteht, ist nicht absehbar, wie dieser Bedarf gedeckt werden kann. Auf dem Arbeitsmarkt stehen Krankenhaushygieniker bzw. Fachärzte für Hygiene und Umweltmedizin derzeit in benötigter Zahl nicht zur Verfügung.

Wenn Bund und Freistaat jedoch die Beschäftigung von Hygieneärzten festschreiben, müssen sie auch für die entsprechende Zahl an Weiterbildungsstellen für Fachärzte sorgen. In der „Stellungnahme zum Ärztemangel in der Krankenhaushygiene“ (1) des Arbeitskreises Krankenhaus- und Praxishygiene der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Fachgesellschaften (AWMF) wird kritisiert, dass in den letzten Jahren entsprechende Weiterbildungsstellen kontinuierlich reduziert wurden. Demnach hätten von 36 medizinischen Fakultäten nur noch 11 einen Lehrstuhl für Hygiene und Umweltmedizin.

Mit der Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für Krankenhaushygiene und Umweltmedizin in einer der beiden medizinischen Fakultäten in München würde der Freistaat das Fachgebiet der Krankenhaushygiene deutlich aufwerten und könnte damit dem Schwund an Weiterbildungsstellen für Ärzte an universitären Hygieneinstituten entgegenwirken.

(1) http://www.awmf.org/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Krankenhaushygiene/Aerztemangel_in_der_Krankenhaushygiene.pdf

gez.
Ingo Mittermaier
Stadtrat

gez.
Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antragsteller:
Stadtrat Hans Podiuk

ANTRAG
14.02.12

Landwirtschaft auf den Großstadt-Dächern

Die Stadtverwaltung prüft, ob das Konzept „inFARMING“ des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) auch in München umgesetzt und in einem der nächsten Neubaugebiete als Modell erprobt werden kann. Dem Stadtrat werden die Ergebnisse der Prüfung zeitnah vorgestellt.

Begründung:
Die Zahl der dicht besiedelten Ballungsräume wächst. Ebenso gehen täglich landwirtschaftlich genutzte Flächen verloren, weil sie für Straßen, Gewerbe- und Wohngebiete benötigt werden.

In München und im Münchner Umland schreitet dieser Prozess ungebremst voran, unbebaute Flächen und Grün werden immer rarer.

Deshalb sollen – so die Idee des Frauenhofer Instituts UMSICHT – Dächer und ggf. Fassaden als landwirtschaftliche Nutzflächen dienen. Das Institut entwickelt dazu Konzepte, Materialien und Anbauverfahren.

Die Vorteile sind: Es werden Synergien zwischen Licht-, Wasser- und Energiemanagement von Gewächshaus und ursprünglichem Gebäude genutzt, Treibhausgasemissionen und versiegelte Flächen werden minimiert, aber dafür entstehen innerstädtische Grünflächen. Zudem landen frische und gesunde Produkte mit minimiertem Transportaufwand bei den Verbrauchern.
Durch die Reduzierung der CO^2 Emissionen können auch positive Effekte fürs Stadtklima im Hinblick auf die Feinstaubbelastung erzielt werden.
Ein weiterer Effekt ist, dass ein Stück Natur wieder in die Stadt zurückgeholt und für Kinder dort erlebbar gemacht wird.

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, fraktionsvorsitzender-csu@muenchen.de, www.wzim.de

CSU Fraktion im MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

Antragsteller:
Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat
Mario Schmidbauer

ANFRAGE

14.02.12

Auensiedlung Freimann –wie hilft die Stadt den von Grundwassereinbrüchen betroffenen Bewohnern?

Wie Berichten von Bewohner und auch den Medien zu entnehmen ist, sind die Anwohner der Auensiedlung in Freimann seit einigen Tagen von Grundwassereinbrüchen in den Kellerräumen ihrer Häuser betroffen.
Seit dem Bestehen der Siedlung ist es zu so einem Phänomen noch nicht gekommen und die davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind natürlich zusätzlich besonders betroffen, dass gerade jetzt in der strengen Kälteperiode dieses Problem auftritt. Neben den Schäden an Häusern und Mobiliar, die an sich schon sehr ärgerlich sind und zu erheblichen, auch finanziellen Verlusten führen, sind bei einigen Häusern auch die Heizungsanlagen von den Überschwemmungen betroffen, die dann teilweise ausgefallen sind.
Wie zu hören ist, haben die bisherigen Abpumpmaßnahmen zu keinem abschließenden Erfolg geführt, weil immer neues Grundwasser nachströmt.
Die Ursache des Grundwasseranstieges ist offenbar auch den Fachleuten bislang nicht klar, muss aber dringend abgeklärt werden, wie auch eine schnelle Hilfe für die Betroffenen von Not ist.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Ist den zuständigen Dienststellen zwischenzeitlich die Ursache für den plötzlichen Grundwasseranstieg in der Auensiedlung in Freimann bekannt?
2. Wenn ja, wodurch wurde der Anstieg des Grundwassers ausgelöst?
3. Wenn nein, wird nach den Ursachen gesucht und dann Maßnahmen zur künftigen Abhilfe entwickelt?
4. Wie wird den von Überschwemmungen der Kellerräume betroffenen Anwohnern der Auensiedlung jetzt konkret durch die Stadt geholfen?
5. Können ausgefallenen Heizungsanlagen in der derzeit extremen Kältelage mit Hilfe städtischer Experten oder solchen der SWM wieder in Betrieb gesetzt werden?
6. Gibt es in Härtefällen auch die Möglichkeit von finanziellen Hilfen und wenn ja, wie sehen diese aus und wo können sie beantragt werden?
7. Kann ausgeschlossen werden, dass die Stadtentwässerung sowohl im nahegelegenen Klärwerk als auch im Kanalsystem ursächlich beteiligt ist?
8. Müssen die betroffenen Anwohner die Kosten für die Maßnahmen tragen, oder gehört dies zum Aufgabenspektrum der Stadtentwässerung?

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Mario Schmidbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, www.wzim.de
email: csu-fraktion@muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antragsteller:
Stadtrat
Marian Offman
Stadträtin
MechthildeWittmann

ANFRAGE
14.02.12

Richtige Bewertung des Versorgungsgrades für die Kindertagesbetreuung?

In einer Anfrage an das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hinsichtlich der Geburtszahlen und des Versorgungsgrades in der Kindertagestagesbetreuung teilte dieses mit, dass von 2006-2010 die Geburtenzahlen in München um 10,3 % und bayernweit um 0,4 % angestiegen sind.
Der Versorgungsgrad in der Kindertagesbetreuung beträgt in München für Kinder im Alter von 0-3 Jahren 33 % und bayernweit 23,1 %. Diese Zahlen wurden vom Ministerium zu einer Anfrage der SPD – Stadtratsfraktion vorgelegt. Deren Fragestellung zielt auf einen Vergleich der Situation Münchens mit Bayern ab. Der Bedarf Münchens kann aber nur sehr schwer mit anderen Regionen Bayerns verglichen werden, denn München ist bei weitem die Stadt – auch wegen den immensen Mieten – mit den höchsten Lebenshaltungskosten und in Folge dessen müssen und wollen insbesondere Alleinerziehende und oftmals beide Elternteile im Erwerbsleben stehen. Außerdem ist die Geburtenrate in München größer als in den anderen Landesteilen Bayerns.

Deshalb ist für die Bewertung der Kindertagesbetreuung in München nicht der Vergleich zum übrigen Bayern relevant, sondern die Frage, inwieweit der tatsächliche Bedarf gedeckt wird.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Wie viele 0 – 3-jährige Kinder in München sind derzeit in der Kinderbetreuung in privaten Einrichtungen und in Einrichtungen mit der Landeshauptstadt und der freien Wohlfahrt als Träger?
2. Wie viele 0 – 3-jährige Kinder in München stehen derzeit auf Wartelisten differenziert nach den unterschiedlichen Trägern?
3. Wie hoch müsste in München der Versorgungsgrad sein, damit für alle Kinder mit einem Betreuungsbedarf ein Betreuungsplatz vorgehalten würde?
4. Wie hoch sind derzeit die durchschnittlichen Kosten für einen ganztägigen Betreuungsplatz?

gez.
Marian Offman, Stadtrat

gez.
Mechthilde Wittmann, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 14.02.2012

Antrag

Sicherung der Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Sozialreferat wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, ein Konzept zu erstellen, wie das neue „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen" in München umgesetzt und die Potenziale gut qualifizierter Migrantinnen und Migranten besser zur Fachkräftesicherung genutzt werden können. Dabei soll v.a. auch darauf eingegangen werden, wie die Schaffung und Finanzierung von gegebenenfalls nötigen Nachqualifizierungen sichergestellt werden kann und wie reglementierte und nicht-reglementierten Berufe zur Anerkennung gebracht werden können. Zum anderen soll dargestellt werden, wie die Zusammenarbeit mit den Kammern und Behörden, die für die Umsetzung des Anerkennungsverfahrens zuständig sind, fruchtbar gestaltet werden kann. Die Erfahrungen der (projektfinanzierten) Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen, die seit zwei Jahren im Amt für Wohnen und Migration Bürgerinnen und Bürger mit ausländischen Qualifikation berät und in ihren Anerkennungsverfahren unterstützt, sollen dabei berücksichtigt werden.

Begründung:

Am 01.04.2012 tritt das neue Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen in Kraft. Das Ziel der Gesetzesinitiative ist, Migrantinnen und Migranten die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen zu verbessern sowie die vorhandenen Qualifizierungspotenziale besser für die Fachkräftesicherung zu nutzen. Leider bleibt das verabschiedete Gesetz aber auf halber Strecke stehen. Auf der einen Seite gibt es künftig bei den rund 350 nicht reglementierten Berufen, die unter die Bundesregelung fallen, einen Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren. Doch stehen aus finanziellen Gründen keine Beratungsangebote bereit. Auch ein Nachqualifizierungsangebot im nicht-reglementierten Bereich muss erst noch geschaffen werden um Antragstellende erfolgreich durch die Anerkennungsverfahren zu führen, denn ein Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren ist nicht gleichzusetzen mit einer Anerkennung.
Außerdem bedeutet die Anerkennung einer beruflichen Qualifikation noch nicht gelungene Arbeitsmarktintegration. Hier fehlen flankierende Angebote. Hier gibt es deutlich Handlungsbedarf. Ein weiteres Problem ergibt sich derzeit bei den landesrechtlich geregelten Berufen (z.B. LehrerInnen, IngenieurInnen). Die Bundesländer haben zwar angekündigt, dem Bundesgesetz entsprechende Regelungen zu treffen, doch werden die

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

sehr aufwendigen und zeitintensiven Abstimmungsprozesse noch eine Weile dauern.

Der Münchner Arbeitsmarkt ist relativ stabil durch die Krise gekommen, stellt der Interkulturelle Integrationsbericht der Landeshauptstadt München fest. Menschen mit Migrationshintergrund sind jedoch unabhängig von ihrer Qualifikation überproportional häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt und doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.
Als Grund für die schlechten Chancen am Arbeitsmarkt wird häufig die Nichtanerkennung von ausländischen Abschlüssen genannt. Inzwischen zeichnet sich ein Fachkräftebedarf größeren Ausmaßes ab, der nicht nur München als Wirtschaftsstandort betrifft, sondern auch die Landeshauptstadt München als Arbeitgeberin. Erzieherinnen und Erzieher, medizinisches Fachpersonal sowie Fachkräfte aus dem Ingenieurs- und dem IT-Bereich sind nur noch mit großem Aufwand zu finden.

Die projektfinanzierte Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen setzt genau an diesem Punkt an und unterstützt seit Oktober 2009 Bürgerinnen und Bürger mit ausländischen Abschlüssen, berät und begleitet sie im Anerkennungsverfahren. Die Servicestelle hat bislang sehr viel positive Resonanz erhalten und verfügt mittlerweile über einen Deutschlandweit einmaligen Erfahrungsschatz in dem ziemlich komplexen Gebiet der Anerkennungsverfahren und Nachqualifizierungen. Diese Erfahrungen müssen unbedingt genutzt werden, um die bestehenden Lücken im Bundesgesetz zu schließen und die Versäumnisse des Freistaats abzufedern. Die bestehende erfolgreiche Anerkennungspraxis in München muss für die Umsetzung des Anerkennungsgesetzes genutzt, erhalten und weiter ausgebaut werden um damit dem Fachkräftemangel proaktiv zu begegnen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Siegfried Benker Gülseren Demirel Jutta Koller Dr. Florian Roth
Mitglieder des Stadtrates